

Mitmachen bei der neuen Kampagne

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Waffentransfers aus Deutschland bekannt werden. Dank einer äußerst exportorientierten Außen- und Wirtschaftspolitik ist Deutschland zum Europameister beim Geschäfte mit dem Tod avanciert. Maßgebliche Empfängerländer deutscher Waffen sind Staaten, die Menschenrechte verletzen oder Krieg führen. Ein bedeutender Anteil deutscher Waffentransfers erfolgt ausge-rechnet in Länder, die Entwicklungshilfe beziehen. So streckt Deutschland die eine Hand helfend aus, während die andere Hand mit der Finanzierung der Waffenprojekte das Geld aus den Kassen nimmt, das dringend für die Armutsbekämpfung, Gesundheitsprojekte und Bildung gebraucht wird.

In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, zunehmend missachtet. Mit großer Sorge verfolgen wir auch Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Waffen.

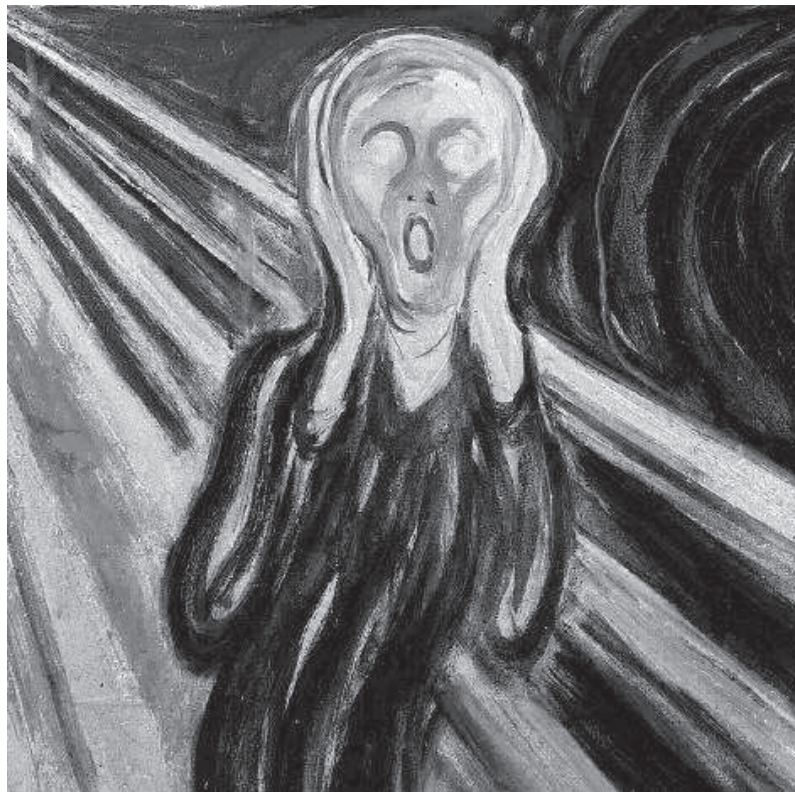
Wir schreien auf, weil die Folgen von Rüstungsexporten für die Menschen in den Empfängerländern nicht selten verheerend sind: Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewaltsam, unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata. Gemäß unseren - wohlge-merkt niedrig gerechneten - Schätzungen wurden bislang allein durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 1.500.000 Menschen getötet. Noch mehr Menschen wurden verstümmelt. Ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Jetzt endlich ist höchste Zeit, gegen diese Politik lautstark aufzu-schreien. Aus diesem Grund haben sich zahlreiche Organisationen aus der Friedens- und Menschenrechtsarbeit zusammengesetzt, um gemeinsam mit entwicklungspolitischen Grup-pierungen, Gewerkschaften und mög-lichst vielen weiteren zivilgesell-schaftlichen Akteuren - die bis zur Bundestagswahl 2013 geplante - Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ durchzuführen.

Ziele der Kampagne

Wir fühlen uns den Opfern der skan-dalösen Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung verpflichtet, deshalb wollen wir den Geschäften mit dem Tod ein Ende setzen. Unsere Ziele sind klar definiert. Wir wollen

- aus der Zivilgesellschaft heraus massiv Druck gegen die Verantwortlichen der deutschen Rüstungsex-portpraxis aufbauen und zugleich sinnvolle Alternativen zur Waffen-produktion aufzeigen.
- edie Aufnahme eines grundsätzli-chen Exportverbots von Waffen und Rüstungsgütern in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes. In einem Zwi-schenschritt streben wir die Aufnah-me dieser Forderung in die Wahl-programme der Parteien zur näch-sten Bundestagswahl an. Diese Ziele verstehen wir als Schritte auf Weg zu einem vollständigen Ver-bot Rüstungsexporten. Bis zum Errei-chen dieses Ziels ist es langer Weg,



den wir in vielen weiteren Teilschrit-ten angehen werden.

Klarstellung des Grundgesetzes

Verantwortlich für die Genehmigun-gen von Rüstungsexporten sind die Bundesregierung und die nachgeord-neten Behörden, allen voran das Bun-desausfuhramt (BAFA). Weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit werden beteiligt - Demokratie nein danke.

Grundlage für die Kontrolle des Rüstungshandels in der Bundesrepub-lik Deutschland ist Artikel 26 (2) des Grundgesetzes. Zurzeit heißt es dort: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“. Neben dem das Territorium der Bundes-republik Deutschland betreffende Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) wird bei der Genehmigungsentschei-dungen vor allem auf das - auf die Exportförderung ausgerichtete! - Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und die zugehörige Außenwirtschaftsver-ordnung Bezug genommen.

Machen Sie mit und fordern Sie mit uns eine Klarstellung von Artikel 26, Absatz 2, des Grundgesetzes. Dort soll es zukünftig heißen: „Zur Kriegführung bestimmte Waf-fen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkon-trollgesetz, Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“

Wir wissen, dass auch diese Grund-gesetzergänzung aufgrund übergeordneter rechtlicher Rahmenbedingungen auf EU-Ebene noch nicht das voll-ständige Ende aller Waffenexporte aus Deutschland bedeutet. Aber sie wird ein bedeutender Schritt sein, bringt sie doch die Umkehrung der bisher freizügigen Rüstungsexportre-gelung hin zu einem Genehmigungs-vorbehalt. Mit der Ergänzung des Grundgesetzes im Sinne des grundsätzlichen Verbots werden erst einmal Exporte von Waffen und Rüs-tungsgütern verboten sein. Es sie denn, sie werden ausnahmsweise aus-drücklich erlaubt, wie beispielsweise der Export von Minenräumfahrzeu-gen. Ein neues Rüstungsexportgesetz muss hierzu einen äußerst engen Rah-men setzen.

Schritte zum vollständigen Rüstungsexportstopp

In der Bevölkerung gibt es eine klare Mehrheit gegen Waffenhandel. Im Falle des geplanten Exports von 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien sprachen sich aktuell 73 Pro-zent der Befragten gegen diesen Waf-fentransfer aus. Anhänger aller fünf im Bundestag vertretenen Parteien fanden die Panzerlieferung „nicht richtig“ (siehe stern vom 14.07.2011): Doch noch sind die Mehrheitsverhält-nisse im Bundestag mehrheitlich ge-gen uns. Deshalb starten wir mit „Ak-tion Aufschrei - Stoppt den Waffen-handel!“ eine in ihrer gesellschaftli-chen Breite bislang nicht gekannte Informations- und Druckkampagne.

Ein Schritt zum Ziel dieser Klar-stellung im Grundgesetz ist das Sam-

eln von 262.000 Unterschriften bis zur Bundestagswahl 2013. Wir wollen erreichen dass unsere Forderungen in

die Bundestagswahlprogramme der Parteien aufgenommen werden. In ei-nem weiteren Schritt sollen sie Inhalt des Koalitionsvertrags kommender Bundesregierungen sein und letztlich zur Umsetzung gelangen. Unterstützen Sie uns und bestellen Sie hierzu Unterschriftenlisten. Oder unterschrei-ben Sie online (Website siehe unten).

Um den Opfern eine Stimme zu ge-ben, organisieren wir Zeugenreisen mit Betroffenen aus den Empfänger-ländern deutscher Waffenexporte. Und wir geben den Tätern in Politik und Rüstungsindustrie Name und Ge-sicht.

Trägerkreis und Aktionsbündnis weiter verbreitern

Die Kampagne wird getragen von ei-nem bislang einmalig breiten bundes-weiten Trägerkreis von Organisations-ten der Friedensbewegung, der kirchli-chen Friedens- und Entwicklungszu-sammenarbeit, etc. - im Aktions-bündnis der Kampagne arbeiten be-reits heute mehr als 100 Mitgliedsor-ganisationen mit. Die erfreuliche Reso-nanz bei der Auftaktpressekonfe-renz im Mai 2011 macht Mut. Der 26. Februar wird - in Anlehnung an GG Artikel 26 (2) - in den nächsten Jah-ren unser bundesweiter Aktionstag gegen den Waffenhandel sein.

Wir wollen unser Bündnis weiter verbreitern und viele neue Unterstüt-zerinnen und Unterstützer gewinnen. Die Unterstützung durch weitere bun-desweite, regionale und lokale Initia-tiven, Vereine und Organisationen ist ausdrücklich erwünscht. In diesem Sinne wünschen wir uns: Macht mit bei „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“

www.aufschrei-waffenhandel.de
info@aufschrei-waffenhandel.de

Jürgen Grässlin, Christine Hoffmann und Paul Russmann, KampagnensprecherInnen

Panzer und Sturmgewehre gegen friedliche Demos

Deutschland rüstet die saudischen Herrscher gegen Volksaufstände auf

Kaum ein Rüstungsexport ist symbolträchtiger und verwerflicher als der nach Saudi-Arabien. Die Entscheidung der deutschen Regierung, Leopard-2-Kampfpanzer nach Saudi-Arabien zu liefern, stellt einen Tabubruch ohnegleichen dar. An die breitere Öffentlichkeit drang das Projekt, als der Bundestag im Juli 2011 darüber debattierte und die Opposition von Grünen und Linken eine Offenlegung der entsprechenden Entscheidung des Bun-desicherheitsrats forderte. Doch Merkel und die CDU/CSU-FDP-Regierung mauern.

Es geht um ein Rüstungsgeschäft im Gesamtwert von mindestens 1,7 Milli-arden Euro. Sobald der Vollzug dieses desaströsen Deals gemeldet sein wird, verfügt das saudi-arabische Königreich über die weltweit begehrtesten Kampfpanzer, wohl in der Version „Leopard 2A7+“. Zu dessen „Lei-stungsmerkmalen“ gehören, so der Münchner Panzerhersteller Krauss-Maf-fei Wegmann (KMW), die Schnittstelle zum Anbringen eines Pluges oder Räumschildes. Des Weiteren verfügt die Leopard-Version A7+ über eine Vielzahl von Fähigkeiten, die die Panzercrew dazu befähigen, Demonstra-tionen einer Demokratiebewegung in Riad und Dammam, Jiddah und Meka blutig niederzuschlagen. Massaker, wie dasjenige auf dem Pekinger Ti-an’anmen-Platz im Jahr 1989 werden sich wiederholen können - in Saudi-Arabien und mit dem Einsatz deutscher Waffen. Während saudische Si-cherheitskräfte dann mit deutschen Panzern gewaltfrei demonstrierende Regierungskritiker niederwalzen, werden Polizei- oder Militärkräfte mit G36-Sturmgewehren - entwickelt in Oberndorf am Neckar, produziert in Lizenz im saudi-arabischen Ort Al-Kharj - die Überlebenden nieder-schießen.

All das kann geschehen dank der Waffenexportgenehmigungen der Mer-kel-geführten schwarz-roten bzw. schwarz-gelben Bundesregierungen.